

Südwestwind

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreis Steglitz-Zehlendorf

Juni - August 2010

Inhalt

Eine gute Bilanz und Weichenstellungen für die Zukunft.....	Michael Arndt, Mda	2
KDV Marathon	Klaus Spychalski	3
Nachgefragt: Klaus Uwe Benneter	Klaus Spychalski	6
Gedenken		7
Aus dem Bundestag	Petra Merkel, MdB	8
Termine - www.spd-suedwest.de/termine/		9
Übersicht: Kreisvorstand 2010/2011		16
Eine KDV-Nachlese aus Frauensicht.....	Ulla Büntjen	17
Japanisches Kirschblütenfest in Teltow	M. Tadajewski, G. Niebergall	18
„Schwarz-grüne Erinnerungspolitik“ eingeschlafen! ..	Michael Karnetzki	18
Ausverkauf beenden: Rekommunalisieren	H. W. Weizen	19
100. Wanderung der AG 60 plus	Ingrid Reimann	20
Gratulationen.....		21
Welche Zukunft hat die S-Bahn?.....	Holger Thärichen, Mda, Nicole Siewert	22

Ökofilmtour-Finissage im BALI-Kino

Am **Donnerstag, 10.06.**, und **Freitag, 11.06.**, werden jeweils ab 16:00 Uhr die Siegerfilme der diesjährigen Ökofilmtour im BALI-Kino in Zehlendorf präsentiert.

Das Programm findet sich auf www.spd-suedwest.de/oekofilm

Die Ökofilmtour wurde organisiert vom Team Ökofilmtour & Zephir e.V. gemeinsam mit dem Freilandlabor-Zehlendorf.

Unterstützt von **SPD Südwest** und **Bündnis90/Die Grünen Südwest** sowie Gewerbetreibenden aus dem Bezirk.

EINE GUTE BILANZ UND WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Vor wenigen Wochen hat sich die SPD Steglitz-Zehlendorf auf einer Kreisdelegiertenversammlung neu aufgestellt. Die Weichen für die zukünftige Arbeit wurden gestellt. Der Geschäftsführende Kreisvorstand wurde in seiner bisherigen Besetzung bestätigt. Bei der Wahl des Kreisvorsitzenden gab es einen Wettstreit zwischen Andreas Linde, Holger Thärichen und meiner Person. Diese innerparteiliche Auseinandersetzung war gekennzeichnet durch Fairness, Disziplin und die unterschiedlichen politischen Akzente der Kandidaten. Der Wettstreit zeigte auf, dass unser Kreis Steglitz-Zehlendorf ausgewiesene und selbstbewusste Führungspersonlichkeiten aufweist. Das bereichert die politische Arbeit im Kreis.

Unsere personalpolitische Stärke wird uns in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern und beim Aufbau einer modernen Organisationsstruktur von Nutzen sein. Stärke ist dringend notwendig, denn die Mitgliederzahlen der Berliner SPD schrumpften in den letzten Jahren beträchtlich. Besonders gravierend war der Einschnitt 2008 mit erheblichen Verlusten in Steglitz-Zehlendorf. Neueintritte waren im Jahr 2008 selten. Die Ursachen dieser Entwicklung waren nicht nur demografisch bedingt, sondern vor allem auf bundes- und landespolitische Gründe zurückzuführen. Die SPD selbst war in ihrer Identität als Mitgliederpartei gefährdet. Nach den Landtagswahlen in Hamburg und Hessen stand unsere Partei am Rand einer Spaltung. Deutlich wird diese Krise durch den mehrmaligen Wechsel an der Spitze unserer Partei: Drei Bundesvorsitzende amtierten in diesem Zeitraum.

Die Phase von Widerspruch und Abwanderung haben wir in Steglitz-Zehlendorf 2009 stoppen und in eine positive Richtung verändern können. So hat der Kreis wieder einen

erfreulichen Mitgliederzuwachs. Die Position der SPD Steglitz-Zehlendorf als einer der führenden Kreise im Berliner Landesverband ist damit nachhaltig gesichert. Dies zeigt auch die gute Finanzlage unseres Kreises. Wir haben es in den letzten zwei Jahren geschafft, unsere politische Schlagkraft finanziell langfristig zu gewährleisten und damit unsere politische Unabhängigkeit von Parteispenden abzusichern. Neue politische und organisatorische Ideen lassen sich nun realisieren.

Eine gute Kassenlage und eine stabile Mitgliederentwicklung sind notwendige Kriterien einer guten Bilanz. Aber beide Kriterien stellen keine hinreichenden Kriterien dar. Wir müssen vor allem das Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Zwei Schwerpunkte sollen das Vertrauen an die Sozialdemokratie wieder neu begründen und die zukünftige Arbeit im Kreis maßgeblich bestimmen.

Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach anderen Politikformen in einer neuen Zeit. In der Parteiarbeit möchten sie neue Kommunikations- und Umgangsformen pflegen – wir müssen diesen Wünschen Rechnung tragen. Gemeinsam mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wollen wir in Zukunftswerkstätten und neuen Kommunikationsformen unseren Bezirk gestalten und nach vorn wirken, neue Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten organisieren und zugleich politische Führung zeigen.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationalen und regionalen Märkte sind kein Naturgesetz. Jedes Land kann sich vor deren negativen Auswirkungen schützen. Hier helfen keine plakativen Forderungen, die Gier nach Profit ist zu kanalisieren und stärker an Kriterien des Gemeinwohls auszurichten. Nicht die

Logiken der Spekulanten und Militärs dürfen in unserer Gesellschaft dominant sein, das Primat der Politik ist wiederherzustellen. Dies ist ein langer Weg, der auf leisen Sohlen besritten werden muss. In Berlin konnten wir die „Heuschrecke“ Cerberus zum Rückzug bewegen. Mit derartigen Investoren wollen wir im Wohnungs- und Mietbereich nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Der Stopp der Veräußerung öffentlicher Wohnungsunternehmen hat hier die Aussichten auf weitere Profite eingeschränkt. Aber was in diesem Fall möglich ist, gilt auch für die Finanz- und Währungspolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, harte Arbeit liegt vor uns, Beharrlichkeit ist gefordert. Gewinnen wir die Energie für den Aufbau eines mitfühlenden und auf Vertrauen aufbauenden Gemeinwesens! Hannelore Kraft, getragen von der Solidarität der Menschen, hat hierzu schon einen wichtigen Beitrag geleistet. Ich wünsche mir, dass sie mit einem Politik- und Machtwechsel in NRW belohnt wird. Das würde auch uns neue Kraft und Überzeugungsstärke für unsere Politik geben. Denn in Berlin sind wir noch nicht über den Berg.

Michael Arndt, MdA

KDV MARATHON

Dass es am 30. April 2010 eine lange Sitzung wird, ahnten wohl die allermeisten der 130 Kreisdelegierten, spätestens als sie die umfangreiche Tagesordnung lasen. Obwohl die meisten Anträge vertagt wurden, dauerte sie letztlich über acht Stunden, von 18.15-2.30 Uhr!

Mit der üblichen viertelstündlichen Verspätung eröffnete der Kreisvorsitzende, Michael Arndt, die Versammlung und gedachte zunächst der Verstorbenen, wobei er die Verdienste von Klaus Riebschläger und Klaus Kugler besonders hervorhob. Seinem Vorschlag folgend wurde sodann Klaus Uwe Benneter zum Versammlungsleiter bestellt.

In seinem Rechenschaftsbericht bezeichnete M. Arndt als Schwerpunkte die Organisation der beiden Volksentscheide und Wahlkämpfe, die inhaltliche Neujustierung der Partei, Zielgruppenveranstaltungen einschließlich Kontakte zu anderen Organisationen sowie die Optimierung der internen Parteiarbeit und Stärkung des Kreises auf Landesebene.

Während die Politik der schwarz-grünen Zählgemeinschaft im Bezirk darauf ausgerichtet sei, dem sozialdemokratisch geführten Senat Schwierigkeiten zu bereiten, habe die Partei u.a. die Wiederherstellung des Hallenbads Finckensteinallee durchgesetzt und die Sicherung des Benjamin-Franklin-Universitätsklinikums betrieben.

Im Berichtszeitraum fanden eine Mitgliederversammlung und fünf Kreisdelegiertenversammlungen statt, die letzte am 16.1.2010 als kreisoffener Workshop. Der Kreisvorstand habe allmonatlich getagt. Mit Infoständen, Sommer- und Kinderfesten, öffentlichen Mitgliederversammlungen sowie den traditionellen Einschulungsaktionen wurde für sozialdemokratische Anliegen geworben.

Der Mitgliederrückgang konnte zwar gestoppt werden, doch die katastrophalen Ergebnisse der Europa- und Bundestagswahlen zeigten, dass die Grundsätze und Ziele der Partei grundsätzlich überprüft und neu formuliert werden müssen. Angesichts der Akzeptanzver-

luste verbiete sich ein „Weiter so“. Das neue Arbeitsprogramm biete eine gute Grundlage, unser Profil zu schärfen und das Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen.

Spannung versprach die Wahl des neuen Kreisvorsitzenden, kandidierten doch neben dem langjährigen Vorsitzenden Michael Arndt noch zwei gestandene Abteilungsvorsitzende: Andreas Linde und Holger Thärichen. Nach zwei Vorstellungsrunden und Aussprache stand schon nach dem ersten Wahlgang der Sieger fest: Michael Arndt mit 66% der abgegebenen Stimmen. Die anderen Mitglieder des GKV wurden jeweils mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Delegierten stimmten der Erhöhung der Zahl der Beisitzer und Beisitzerinnen auf 22 zu, wodurch alle Kandidaten zum Zuge kamen. (Siehe Übersicht auf Seite 16.) Als komplizierter erwies sich die Wahl der Delegierten für den Landesparteitag. Für die Vergabe der dem Kreis zustehenden 30 Sitze waren zwei Wahlgänge erforderlich.

Der Reigen der Anträge wurde mit dem Entwurf eines Arbeitsprogramms SPD Kreis Steglitz-Zehlendorf eröffnet, den der stv. Kreisvorsitzende, Ruppert Stüwe, begründete und vorstellte. Das Programm soll dazu beitragen, die Arbeit des Kreisvorstandes in den nächsten zwei Jahren noch besser zu strukturieren und der Allgemeinheit unsere politischen Aussagen und Forderungen näher zu bringen.

Besonderes Augenmerk werde auf die Pressearbeit gelegt: Auf Basis der schon von einzelnen Abteilungen herausgegebenen Infoblätter soll ab 2011 eine externe Kreiszeitung erscheinen. Eine detaillierte Vorstellung des Arbeitsprogramms wird es in der nächsten Ausgabe geben. Nach Diskussion wurde - abgesehen von einigen kleineren Modifikationen - als weiteres landespolitisches Schwerpunktthema „Wissenschaft (Universitäten, Museen,

Medizin)“ aufgenommen. Der Entwurf wurde mit einigen Stimmenthaltungen gebilligt.

Gegen den Antrag, große Vermögen wieder zu besteuern, wurde u.a. eingewandt: Komplizierte Erhebung, überzogene Einnahmeerwartungen, Belastung betrieblicher Vermögen. Klaus Uwe Benneter sprach sich stattdessen für eine Börsenumsatzsteuer aus. Dessen ungeachtet wurde der Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet.

Drei weitere Anliegen: Flüchtlingen ohne Aufenthaltsstatus medizinische Versorgung und schulische Bildung zu gewähren, die Finanzierung des Projektes „Stadtteilmütter“ zu sichern und in allen Bezirken Integrationsbeauftragte zu bestellen, fanden ohne Aussprache die Zustimmung der Delegierten.

Etliche der insgesamt 18 Anträge, vor allem Initiativanträge, wurden auf Anregung der Antragskommission auf die zweite KDV vertagt. Sie trat am 11. Mai 2010 - ebenfalls im Rathaus Zehlendorf - zusammen.

In dem ersten Antrag wurde ein konkreten Termin gefordert, zu dem die S-Bahnlinie 25 wieder in üblichen Taktfolgen und Zuglängen verkehrt. Er wurde nach kurzer Diskussion in abgeänderten Fassung akzeptiert. Wünsche nach Änderung des in einem weiteren Antrag geforderten Verbots von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO (Ausnahme für Israel, Erstreckung auf die EU, Verhinderung von Rüstungswettläufen) fanden keine Mehrheit. Es blieb bei der Erstfassung. Der Antrag, die Kampagne für die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete zu unterstützen, stieß wegen der zusätzlichen Forderung, bis zu einer Gesetzesnovelle Verstöße nicht zu ahnden, auf rechtliche Bedenken. Er wurde dennoch mehrheitlich beschlossen.

Ohne große Diskussion akzeptierten die Delegierten sodann ein letztlich an den Senat

gerichtetes Prüfungsbegehren, ob und ggf. wie die Investitionsbank Berlin für den Erwerb von Unternehmen der Daseinsvorsorge eingesetzt werden kann. Der nächste Antrag zielte auf die Bekämpfung der Kinderarmut. Danach soll langfristig eine vom Steuersatz und Arbeitseinkommen der Eltern unabhängige Kindergrundsicherung eingeführt werden. Die Auswirkungen des vorgeschlagenen Maßnahmenbündels wurden unterschiedlich bewertet. So sprach Eveline Neumann die Ängste des Mittelstandes vor einem sozialen Abstieg an. Durch Annahme erledigte sich ein weiterer Antrag, das Kindergeld nicht mehr als Einkommen anzurechnen.

Der umfangreiche Antrag, den Vertrag zwischen dem Senat und „First Teach Deutschland“ zu kündigen und keine weiteren Verträge dieser Art mehr abzuschließen, wurde in einer stark verkürzten Fassung mehrheitlich gebilligt. Die Forderung nach ermäßigten Beitragsätzen für Geringverdiener in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde dem AK Gesundheit überwiesen.

Eine lebhafte Debatte löste die Forderung aus, die Erlöse aus Verkäufen von Grundstücken und Unternehmensbeteiligungen einem Grundstock zuzuführen. Aus ihm wären dann sozial notwendige Investitionen zu finanzieren. Einige Redner erinnerten an den früher gefaßten Beschluß, kein öffentliches Eigentum mehr zu veräußern, andere hielten den Antrag schlicht für nicht realisierbar, Dritte wollten die Erlöse zur Schuldentilgung nutzen. Nach Ergänzung um den Satz „Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Abgeordnetenhauses“ wurde dieser Antrag mehrheitlich beschlossen.

Der Sinn des Anliegens, das Gesetz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe so zu novellieren, dass das Kapital nur in Anlagen

investiert wird, die allenfalls ein leichtes Ausfallrisiko aufweisen, erschloß sich den meisten nicht auf Anhieb, zumal auch eine schriftliche Begründung fehlte. So erklärt sich wohl der bemerkenswert hohe Anteil von Nein-Stimmen. Schließlich: Ein von der Abt. 6 eingebrachtes parteipolitisches Positionspapier soll auf Vorschlag der Antragskommission auf dem Landesparteitag verteilt werden.

Den Abschluss bildete ein mehrseitiger Leit-antrag der vom Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppe Mieterstadt. Der stellvertretende Landesvorsitzende, Marc Schulte, wies in seinem einführenden Referat auf die für die Berliner Wohnungspolitik maßgeblichen Eckdaten hin: Stabile Bevölkerungsentwicklung, zunehmende Überalterung, hoher Mieteranteil von ca. 85%, Vielfalt der Lebensstile und Herkunft der Einwohner. Wichtig sei, ökologischen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Er lobte den Berliner Mietspiegel und das Mietkonzept 2009 des Senats. Die Wohnungspolitik müsse jedoch weiterentwickelt werden, so durch stärkere Einbindung energetischer Faktoren, einen verbesserten Kündigungsschutz und Sicherung der Kaution im Fall der Insolvenz. Die noch vorhandenen kommunalen Wohnungsunternehmen müssen im Interesse einer sozial verträglichen Mietentwicklung erhalten bleiben

Der Kreisvorsitzende schloss sich dem an und bezeichnete die Mieterpolitik als wichtigen Teilbereich der Daseinsvorsorge. Die Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften sollten sich in den nächsten Wochen mit dem Leit-antrag befassen. Auf eine Abstimmung über den Antrag sowie die vorliegenden Änderungsvorschläge wurde deshalb verzichtet.

Klaus Spychalski

NACHGEFRAGT: KLAUS UWE BENNETER

Geb. 1.3.1947 in Karlsruhe, dort 1966 Abitur, Studium an der FU Berlin, Rechtsanwalt und Notar. Seit 1965 Mitglied, 2004/05 SPD-Generalsekretär, Mitglied des Bundestags 2002-2009.

Falls Du in den Bundestag nachrückst, welchen Politikfeldern würdest Du dann besondere Aufmerksamkeit widmen?

Meine Politikfelder waren und sind die Maßnahmen und Gesetze zur Verfassung, zum Wahlrecht, zur Bekämpfung von Terror und organisierter Kriminalität im Innenbereich. Und im Rechtsbereich würde ich mich gerne um die Finanzmarktstrukturierung und das nationale sowie internationale Gesellschaftsrecht kümmern. Aber als Nachrücker sind Wahlmöglichkeiten für Themen naturgemäß eingeschränkt.

Unserer Partei wird vorgehalten, daß sie Wirtschaft nicht kann, Öko nur halbherzig verfolgt und Soziales aufgegeben hat. Wie kann die Partei das Vertrauen in ihre Politik wiedergewinnen?

Wenn ich den Unsinn unserer Gegner mir selbst zu eigen mache und der Meinung bin, immer zuerst die eigenen Positionen und Leute madig machen zu müssen, kann ich Niemanden von unserem Profil überzeugen. Um das zu erkennen, brauche ich keinen PR-Kurs. Atomausstieg haben wir hinbekommen, und die solidarische Bürgerversicherung ist unsere Antwort auf die Probleme unseres Gesundheitswesens, um nur zwei Beispiele zu nennen, die wir offensiv und kämpferisch nach draußen vertreten müssen. Dann haben wir auch - wie jetzt in NRW - wieder mehr Erfolg.

Die Bewältigung der Bankenkrise zeitigt kaum Fortschritte. Neuerdings geraten auch Staaten (Griechenland) in Schieflage. Warum drängen die Politiker nicht auf mehr Transparenz und größere Stabilität?

„Die Politiker“ gibt es nicht. Gerade der Umgang mit den Finanzmärkten und Finanzkrisen seit gut zwei Jahren zeigt anschaulich, dass es hier um Geld und Kapital und Ausbeutung und Profite in unvorstellbarem Ausmaß weltweit und natürlich deren politische Interessenvertreter geht. Eine Entwicklung, die wir schon vor 40 Jahren gesehen und mit Begriffen wie „Staatsinterventionistischer Monopolkapitalismus“ sicher etwas überspitzt und durch „Scheuklappen ideologisiert“ beschrieben und davor gewarnt haben. Wenn die FDP mit großen Teilen der CDU/CSU jetzt dringend notwendige Regulierungen und wirksame Sanktionen national und international verhindern, dann ist das das Ergebnis der Bundestagswahlen! Die FDP hat im Wahlkampf keinen Hehl daraus gemacht, dass sie nur die Interessen der Reichen und Superreichen im Blick hat.

Der reale Sozialismus hat vor zwei Jahrzehnten abgewirtschaftet. Der Kapitalismus befindet sich in einer schwerwiegenden Krise. Alternative Wirtschaftsordnungen sind nicht in Sicht. Weist nicht alles auf ein „Weiter so“ hin?

Warum fragst du so resignativ? Die SPD hat alternative Antworten! Um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht weiter zu gefährden, haben wir sowohl international als auch national Instrumente vorgeschlagen, die den Kapitalismus bändigen und einer wirklich sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch verhelfen.

Die enorme Nettoneuverschuldung des Bundes (2010 sind hierfür 80 Mrd. € eingeplant) erfordert dringend Gegenmaßnahmen. Einschneidende Ausgabensenkungen und/oder Steuererhöhungen sind politisch kaum durchsetzbar. Bleibt letztlich nur eine Hyperinflation à la 1923?

Du wirst dich noch umsehen, wenn die Schwarz-Gelben ihre nächsten Haushalte präsentieren werden. Natürlich werden sie die Sozialausgaben zuerst zusammen streichen. Ob das dann durchsetzbar ist, ist die Frage des gesellschaftlichen Widerstands. Schwarz-Gelb hält bis zu den nächsten Wahlen 2013 durch!

Sowohl in der Partei als auch der Bevölkerung findet eine Abgabe auf Vermögen viele Befürworter. Weshalb hat sich die Parteispitze gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer ausgesprochen?

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre bei den Mehrheiten im Bundesrat (auch bei SPD-geführten Bundesländern!) nur sehr verwässert zu realisieren gewesen. Und dann kommt noch hinzu, dass Aufwand und Ertrag sich nicht gerechtfertigt hätten. Deshalb bin ich schon lange ein glühender Verfechter

einer Börsenumsatzsteuer, die mit einfachen Mitteln ein Vielfaches einer Vermögenssteuer einspielt. Leider konnte ich nicht genügend führende Genossen und insbesondere nicht unsere damals verantwortlichen Finanzpolitiker in Fraktion und Regierung davon überzeugen. Umso mehr freue ich mich, dass jetzt dafür breite Mehrheiten in der SPD streiten.

Anders als der Bundestag hat die Bundesregierung einen Doppelsitz: Berlin und Bonn. Ist es nicht an der Zeit, hier eine Bereinigung vorzunehmen?

Bonn und Berlin „lässt sich nicht bereinigen!“ Ohne die im Berlin-Bonn-Gesetz verabredeten Aufgabenteilungen hätte es keine Mehrheit für Berlin als Hauptstadt gegeben. Schon deshalb steht uns Berlinern besonders gut an, hier vertragstreu zu bleiben. Aber natürlich arbeiten wir alle jeden Tag nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ daran, dass die in der Sache so teure und so unsachgemäße Hauptstadt-Verteilung bald der Vergangenheit angehört. Also diplomatisches Fingerspitzengefühl (auch gegenüber unseren NRW-Genossinnen und Genossen!) sind gefragt, kein „Hauruck-Bereinigen“.

Klaus Spychalski

WIR GEDENKEN UNSEREN VERSTORBENEN

Abt. 1	Horst Tietz	Mitglied seit 1987
	Ehrhard Fischer	Mitglied seit 2005
	Günter Ballschmidt	Mitglied seit 1968
Abt. 3	Eberhard Barth	Mitglied seit 1959
Abt. 6	Walter Godenschweger	Mitglied seit 1982
	Hans-Joachim Bartz	Mitglied seit 1959
	Marga Wollschläger	Mitglied seit 1958
Abt. 8	Wanda Elsholz	Mitglied seit 1945



AUS DEM BUNDESTAG

Nachdem die Tinte unter dem Kreditbürgschaftsvertrag zur Rettung Griechenlands noch nicht richtig trocken war, hatten sich die Regierenden der Euro-Länder am zweiten Mai-Weekend (8./9. Mai) auf ein großes Euro-Stützpaket geeinigt. Ein bis zu 750 Mrd. Euro schwerer Fonds soll für jene Länder bereit stehen, die - wie Griechenland - ihren Finanzbedarf nur durch die Akzeptanz explodierender Zinsen decken können. Die ganze Euro-Stütze soll Spekulanten abschrecken und die Währung schützen. Der Deutsche Anteil wird bei rund 123 Mrd. Euro liegen.

Die Bundesregierung hätte das Parlament bereits am 7. Mai im Rahmen der Debatte um die Finanzbürgschaft für Griechenland informieren müssen, dass schwerwiegende Entscheidungen zu Europa vorbereitet werden. Ich fühlte mich hintergangen und war froh, dass die SPD-Fraktion bis zum Schluss um eine notwendige Regulierung des Finanzmarktes gerungen hat. Aus europapolitischer Sicht war das vielen von uns schwer gefallen, aus Sicht der Haushälterin hätte ich die Bürgschaft eher abgelehnt, weil eine schnelle Hilfe ohne Finanzmarktregulierung absehbar nicht ausreicht. Die Richtigkeit der Position hat sich - 60 Stunden nach der Abstimmung darüber - durch einen nächtlichen Rettungsbeschluss am Sonntag, 9. Mai, bewiesen. Warum ein solches Paket Spekulanten von der Jagd auf finanzschwache Staaten abhalten soll, ist mir ein völligeres Rätsel! Es reicht nicht, Milliardenstützen

zu beschließen, wenn nicht jetzt sofort die Regulierung des Finanzmarktes umgesetzt wird. Was ist aus den G-20-Beschlüssen von London geworden? Die Beratungen laufen leider nicht so auf Hochtouren wie milliardenschwere Schutzschirme, die den Finanzmärkten indirekt auch dienen, deren Risiken aber bei den europäischen Steuerzahlern liegen. Das ist untraglich!

Auch in diesem Jahr werde ich mit meinen „Sommergesprächen“ in Charlottenburg-Wilmersdorf und erstmals auch in meinem Betreuungswahlkreis Steglitz-Zehlendorf unterwegs sein. Ich freue mich wie immer, wenn Ihr Euch an den Infoständen beteiligt. Den Abteilungsvorsitzenden werde ich im Juni eine Übersicht über die geplanten Infostände meiner Sommergespräche schicken. Wer die Übersicht gern direkt erhalten möchte, meldet sich bitte in meinem Büro per E-Mail (petra.merkel@wk.bundestag.de) oder telefonisch (227 77263) an.

Den „Start in den Sommer“ möchte ich gern gemeinsam mit Euch in der GOETHE80 am Freitag, den 25. Juni 2010, von 16 bis 19 Uhr, feiern. Zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, werde ich bei dieser Gelegenheit die Ausstellung der Künstlerin Daniela von Nayhauss eröffnen. Die Künstlerin wird anwesend sein.

Ich freue mich, Euch bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen!

Petra Merkel, MdB

TERMINE

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM (WWW.SPD-STEGLITZ.DE)

Vorsitzender: Andreas Kugler Telefon: 8322 05 17

ABTEILUNG 2, SÜDENDE (WWW.SPD-SÜDENDE.DE)

Vorsitzender: Rolf Wiegand, Telefon: 75924552;

Veranstaltungsort: Kinder- und Jugendzentrum Immenweg, Immenweg 10, 12169 Berlin;

Beginn 19:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST (WWW.SPD-LICHTERFELDE.DE)

Vorsitzender: Martin Matz, Tel. 69508191, lichterfelde@martinmatz.de

Veranstaltungsort: Naturfreundehaus Karl Renner, Ringstr. 76, 12205 Berlin, Beginn 19:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben).

Diskussion mit Jutta Limbach

Die langjährige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes und des Goethe-Institutes diskutiert mit uns über: **Einwanderungsland Deutschland** – ein gebrochenes Tabu.

Über Versäumnisse und künftige **Herausforderungen der Integrationspolitik**.

Dienstag, 22.06. um 19:30 Uhr im

Bürgertreff im S-Bahnhof Lichterfelde West.

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND SÜD ([WWW.SPD-LICHTERFELDE-OST-UND-SUED.DE](http://www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de))

Vorsitzender: Holger Fabig

Veranstaltungsort: AWO-Haus, Osdorferstr. 121, 12207 Berlin, Beginn 19:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 5, LANKWITZ ([WWW.SPD-LANKWITZ.DE](http://www.spd-lankwitz.de))

Vorsitzender: Uwe Stäglin, Tel. p 85 73 12 35, d 90299-5300, E-Mail: berluwe@gmx.de

Veranstaltungsort: Kreisbüro Thaliaweg 15, 12249 Berlin, Beginn 19:30 Uhr (soweit nichts anderes angegeben).

ABTEILUNG 6 KRUMME LANKE ([HTTP://WWW.SPD-KRUMME-LANKE.DE](http://www.spd-krumme-lanke.de))

Vorsitz: Hinrich Soehlke stellv. Vorsitz: Marianne Männing Stephan Zornow

Veranstaltungsort: Mediterraneo, Onkel-Tom-Straße 66, 14169 Berlin, Beginn 19:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF SÜD ([WWW.SPD-ZEHLENDORF-SUED.DE](http://www.spd-zehlendorf-sued.de))

Vorsitzender: Matthias Baumann, Tel.: 815 25 93 u. 0176 800 55 105.

Veranstaltungsort: Restaurant Sirtakias, Teltower Damm 188/Ecke Nieritzweg (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen, Telefon 8036142.

Veranstaltungsort: Wannseehof, Kronprinzessinnenweg 252, 14109 Berlin, Beginn 19:30 (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF (WWW.SPD-ZEHLENDORF.DE)

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde, Telefon: 80108510.

Veranstaltungsort: Ratskeller Zehlendorf, Martin-Buber-Straße 8, 14163 Berlin (soweit nicht anders angegeben).

ABTEILUNG 10, DAHLEM (WWW.SPD-DAHLEM.DE)

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann, Telefon 8916800.

Veranstaltungsort: Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 14195 Berlin (soweit nicht anders angegeben).

SPD STEGLITZ-ZEHLENDORF (KREIS) (WWW.SPD-SUEDWEST.DE)

SPD Steglitz-Zehlendorf Thaliaweg 15, 12249 Berlin (Lankwitz-Kirche); Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856; E-Mail: steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de, Offen: Mo. + Do. 10:00-14:00 Uhr und Fr. 14:00-18:00 Uhr.

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS (AG60PLUS.SPD-SUEDWEST.DE)

Vorsitzende: Ingrid Reimann, Tel: 8015351

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION (AGMIGRATION.SPD-SUEDWEST.DE)

Vorsitzender: Günther Schulze, Kontakt über das Kreisbüro, Telefon: 766 79 854, per E-Mail über GuentherSchulzeBerlin@gmx.de und mobil unter der Rufnummer 0175 90 53 007. Veranstaltungsort: Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin (soweit nicht anders angegeben). Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Migration erhalten zu allen Veranstaltungen schriftliche Einladungen. Interessentinnen und Interessenten an der politischen Migrations- und Integrationsarbeit in Steglitz-Zehlendorf und darüber hinaus sind herzlich willkommen.

JUSOS (WWW.JUSOS-SUEDWEST.ORG)

Sprecher: Robert Budras Tel: 01629416931, E-Mail: robert.budras@gmail.com
Veranstaltungsort: Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 14195 Berlin, Beginn 19:30 Uhr (soweit nicht anders angegeben).

AG DER SCHWUSOS (WWW.SCHWUSOS-SUEDWEST.DE)

Vorsitzender: Stan Zornow, Kontakt: stan.zornow@berlin.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (AsF) (ASF.SPD-SUEDWEST.DE)

Vorsitzende: Eveline Neumann, Tel. 773 75 06, Fax: 7739 2781

Zur allgemeinen Information: Im April hat die Kreis-AsF entschieden, künftig eine halbe Stunde früher zu tagen (also ab 19:00 Uhr) und als „Jour Fixe“ für reguläre AsF-Treffen künftig den ersten Mittwoch im Monat zu wählen. Wir hoffen, dass die neue Terminfestlegung besser kompatibel mit anderen Parteiterminen ist, damit künftig noch mehr Genossinnen bei uns mitmachen können! Veranstaltungsort: Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin (soweit nicht anders angegeben).

ARBEITSKREIS LEBENSWERTE STADT

Ansprechpartner: Irene Köhne (Tel. 8159278) und Detlev Ronnisch (Tel. 8033748)

Veranstaltungsort: Ratskeller Zehlendorf, Martin-Buber-Str. 6, 14163 Berlin (wenn geschlossen: Raum 119, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3, 14163 Berlin), Beginn 19:30 Uhr.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)

Vorsitzende: Renate Krohm, Telefon: 811 36 16

Veranstaltungsort: Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin (soweit nicht anders angegeben).

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender Wolfgang Kornau, Telefon 797 80 280, Email: wolfgang.kornau@t-online.de

SPD BERLIN (WWW.SPD-BERLIN.DE)

- Sa. 05.06. „Neue Industrialisierung – Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften“ 2. Berliner Ideenkonferenz, Kant-Atrium im Ludwig-Erhard-Haus, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin, Beginn 10:00 Uhr.
- Do. 10.06. Mitgliederforum der Berliner SPD:“ Zukunft statt Schwarz-Gelb“, Ort: Bayer Schering Pharma-Auditorium-, Müllerstr. 178, 13353 Berlin, Anmeldung unter 4692-222, Beginn 19:30 Uhr
- Sa. 26.06. Landesparteitag. Ort wird noch bekannt gegeben, Beginn 10:00 Uhr.

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- Sa. 12.06. 18. Lesbisch-Schwules Stadtfest, SPD-Stand: Eisenacher Str. 9, 10777 Berlin, Beginn 12:00 (2 tägige Veranstaltung, auch am 13.06.).
- Mi. 23.06. „Pflegeveranstaltung“. Petra Merkel und Dr. Eva Högl diskutieren mit Interessierten und Podiumsgästen über das Thema Pflege. Sozialwerk Berlin, Humboldtstr.12, 14193 Berlin, Beginn 11:00 Uhr.
- Fr. 25.06. „Start in den Sommer“. Petra Merkel eröffnet gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier eine Ausstellung der Künstlerin Daniela von Nayhauss im Wahlkreisbüro Goethe80 (Beginn 16:00 Uhr). Öffnungszeiten der Ausstellung (bis 28.8.2010): Mo. und Do.12:00-16:00 Uhr, Di. und Mi.10:00-14:00 Uhr, Sa.11:00-14:00 Uhr.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

- Petra Merkel, MdB (www.petra-merkel.de): Fr. 4.06.2010, 15:00-17:00 Uhr im Wahlkreisbüro Goethe80 und Mi. 23.06.2010, 16:00-18:00 Uhr im Kreisbüro Steglitz-Zehlendorf. Anmeldung entweder per Telefon (227 77262) oder e-mail (petra.merkel@bundestag.de) erbeten.
- Dr. Michael Arndt, MdA (www.michael-arndt.info): Mi 17:30 - 18:30 Uhr, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonischer Vereinbarung: Tel. 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (www.ulrike-neumann.de): Telefonsiche Vereinbarung unter Tel. 772 79 41

ALLE TERMINE AUCH UNTER WWW.SPD-SUEDWEST.DE/TERMINE/.

KREISVORSTAND 2010/2011

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender	Michael Arndt
Stellvertretende Vorsitzende	Barbara Loth, Eveline Neumann, Ruppert Stüwe
Kassierer	Jan Kellermann
Schriftführerin	Ina Czyborra

Beisitzer/ Beisitzerinnen

Gerlinde Bernsdorff	Olaf Böhnke	Dagmar Corleis-Brilleaud
Brigitte Dittner	Martina Dören	Susam Dündar-Isik
Ayah El-Khadra	Holger Hübner	Irene Köhne
Renate Krohm	Andreas Liedke	Charikleia Mastora
Ulrike Neumann	Annegret Ortling	Maximiljan Reth
Volker Semler	Georg Siebert	Dominic Stingl
Miroslaw Tadajewski	Matthias Trenczek	Ulrike Wöhning
Stan Zornow		

Abteilungsvorsitzende /-vertreter im Kreisvorstand

Andreas Kugler (Abt. 01)	Alexander Kriesel (Abt. 02)	Martin Matz (Abt. 03)
Holger Fabig (Abt. 04)	Uwe Stäglin (Abt. 05)	Hinrich Soehlke (Abt. 06)
Matthias Baumann (Abt. 07)	Holger Thärichen (Abt. 08)	Andreas Linde (Abt. 09)
Burkhard Zimmermann (Abt. 10)		

Vorsitzende /-vertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften

Ulla Büntjen (ASF)	Robert Budras (Jusos)	Ingrid Reimann (AG 60 plus)
Wolfgang Kornau (AGS)	Renate Krohm (AfB)	Stan Zornow (Schwusos)
Günther Schulze (AG Migration)		

Vorsitzender der BVV-Fraktion

Michael Karnetzki

Kassenrevisoren

Lothar Bucke	Helmut Herbert	Helmut Hube
Clemens Neumann	Klaus Reinhard	Helmut Stange

Schiedskommission

Vorsitzender	Michael Fehlauer
Stellvertretende Vorsitzende	Klaus Lutze, Ingo Schneider
Beisitzerin	Ramona Sieglerschmidt

EINE KDV-NACHLESE AUS FRAUENSICHT

Seit 1988 hat die SPD die Geschlechterquote. Seitdem ist es gängige Praxis, auf einen Anteil von 40 % Frauen zu achten. Das ist jedenfalls mein Eindruck - und ich bin es wirklich langsam leid. Anfang 1989 bin ich wegen des Quotenbeschlusses SPD-Mitglied geworden. Doch ich frage mich seither regelmäßig auf KDVen und Landesparteitagen: Wie ist es möglich, dass die alte Tante SPD ihre Neffen den Nichten vorzieht und die Quotierung ständig als „Frauenquote“ fehlinterpretiert?

Ich möchte vorab daran erinnern, dass das eigentliche Ziel der Quote die paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in unserer Partei war, ist und hoffentlich bleibt. Doch in den Köpfen ist das noch nicht überall angekommen. Durch minimalistische Auslegungen und dementsprechend angelegte „satzungsmäßige Vorkehrungen“ werden wir Parität oder gar auch mal einen 60 %igen Frauenanteil in unseren Gefilden niemals erreichen. Hannelore Kraft hat öfter stolz erzählt, dass in Mülheim (NRW) dank vieler Genossinnen die Quote schon mal gegen sie zog. Bei uns undenkbar!

Damit zu unserer KDV: Quotenmäßig insgesamt knapp ausreichend waren die Wahlergebnisse zu den einzelnen Kreisvorstandsposten. Angesichts der Tatsache, dass alle 10 Abteilungen im Vorfeld Männer als Abteilungsvorsitzende gewählt hatten, lautete die Gretchenfrage nur: Wie viele Frauen müssen als Beisitzerinnen gewählt werden, um auf die Mindestbeteiligung von 40 % zu kommen? Mit Ach und Krach wurde durch die Wahl von 12 Beisitzerinnen die Quote für den KV insgesamt erfüllt. Im Kreisvorstand sind nunmehr insgesamt 18 Frauen und 28 Männer. $40\% = 18,4$. Oooops: Eigentlich wird nicht abgerundet - aber geschenkt! Lichtblick ist unser

erneut paritätisch besetzter Geschäftsführender Kreisvorstand. Aber jedes Mal, wenn die Jungs ohne die Mädels als GKV tagen, bleibt die emanzipatorische Strahlkraft selbst dieses Leuchtturms auf der Strecke!

Bei den Landesparteitagsdelegierten gab es keine Möglichkeit, an der Anzahl (30) herumzubasteln. Gewählt wurden 18 Genossen und 12 Genossinnen (40 %, na klar). Es war ein Bild für die Götter, wie der Rat der 10 Weisen (= die Abteilungsvorsitzenden) nach dem ersten Wahlgang vor der Türe zusammenstand und anschließend der KDV bewundernswert passgenaue Direktiven gab. Herrje!

Kandidatinnen als Revisorinnen oder Mitglieder der Schiedskommission waren Mangelware. Dass Genossinnen auf der KDV losrannten, um fix noch Frauen zu Kandidaturen zu bewegen, war zwar gut gemeint, aber vergeblich: Diese wichtigen Gremien wurden teilweise nicht nach Statut besetzt.

Meine rechtzeitig im Vorfeld gestellten AsF-Anträge zu einem 50:50-Reißverschluss und zu einem Gleichstellungsbericht harren nach „LPT-Weichspülung“ der freiwilligen Selbstverpflichtung! Die Quote in ihrer aktuellen Ausprägung bietet keinen ausreichenden Ansatz zu einer innerparteilichen Geschlechterdemokratie. Wir Frauen stellen immer wieder fest, dass Entscheidungen aus Gremien ausgelagert werden, sobald wir in ihnen mit Sitz und Stimme vertreten sind. Die Verlagerung hinein in informelle Kreise, in denen Männer den Schulterchluss gegenüber den Ansprüchen von Frauen üben, ist problematisch. Liebe Tante SPD, lass Dir sagen: Dies wollen Deine Nichten mitnichten!

Ulla Büntjen

JAPANISCHES KIRSCHBLÜTENFEST IN TELTOW

Unter dem Motto „9 Jahre Hanami – 20 Jahre Wiedervereinigung“ fand am 25. April 2010 bei strahlendem Sonnenschein das traditionelle Japanische Kirschblütenfest wieder auf dem ehemaligen Grenzstreifen zwischen Lichterfelde-Süd und Teltow statt. Dieses Fest wird alljährlich von der Bürger-Initiative Teltow (B.I.T.) und der Umweltinitiative Teltower Platte (UT) organisiert. Durch seine gute Mischung von Unterhaltungs- und Informationsangeboten lockt es jedes Jahr tausende Besucher unter die nun auf dem ehemaligen Grenzstreifen blühenden Kirschbäume. Da die SPD Lichterfelde Ost und -Süd vermehrt dorthin gehen will, wo die Menschen sind, warben wir bei der SPD Teltow, erstmals auf diesem Fest als SPD präsent zu sein. Die Teltower GenossInnen willigten gerne ein und sahen in unserer gemeinsamen Aktivität auch einen Beitrag zu der in der Brandenburger SPD wieder aufgeflamten Diskussion über eine Fusion beider Länder.

Unser gemeinsames Angebot, politische Information, Kinderunterhaltung mit dem

Glücksrad und der zum Fest passenden Anregung, Haikus, aus der japanischen Kultur stammende Kurzgedichte, zu verfassen, wurde von der Vielzahl der Besucher sehr freundlich aufgenommen. Herausstechende Farbe dieses Tages war zugleich das Rot der SPD-Luftballons auf dem Grenzweg, die sehr gut mit dem Rosa der gerade sich öffnenden Kirschblüten harmonierte.

Für die SPD war die erste Teilnahme an diesem Fest ein voller Erfolg. Durch unsere Bezirksstadträtin Barbara Loth, „unseren“ Teltower Bürgermeister Thomas Schmidt und unsere Vertreter aus der BVV Steglitz-Zehlendorf und die SVV Teltow war die SPD auch mit ihren Mandatsträgern gut vor Ort vertreten. Im nächsten Jahr wird die SPD bei dem Japanischen Kirschblütenfest wieder dabei sein.

Bilder sind auf der Seite des Kreises unter www.spd-suedwest.de/kirschbluete verfügbar.

Mirosław Tadajewski/
Gerhard Niebergall

„SCHWARZ-GRÜNE ERINNERUNGSPOLITIK“ EINGESCHLAFEN!

Eineinhalb Jahre vor dem Ende der Wahlperiode ist es Zeit, in bestimmten Bereichen der Bezirkspolitik, einmal Bilanz zu ziehen. In der letzten BVV am 21. April haben wir uns hierfür die „Erinnerungspolitik“ der schwarz-grünen Zählgemeinschaft in Steglitz-Zehlendorf vorgenommen. Fazit: Die schwarz-grüne Erinnerungspolitik lebt vom Vergessen. Sie vertraut darauf, dass sich niemand daran erinnert, was einmal großmäulig versprochen und was davon tatsächlich gehalten wurde.

Wir erinnern uns: Vor fünf Jahren war die Steglitz-Zehlendorfer CDU bundesweit un-

rühmlich in den Schlagzeilen, als unter Federführung des damaligen Bürgermeisters Herbert Weber der Tag der Befreiung vom Faschismus, der 8. Mai 1945, zu einem Tag des Leids der Deutschen umdefiniert wurde. Der Bezirksverordnete Torsten Hippe stand wegen seiner Äußerung, er könne nichts dafür, wenn die NPD ähnliche Positionen verträte wie er, kurz vor dem Parteiausschluss aus der CDU.

Heute ist Hippe Fraktionsvorsitzender der CDU in der BVV und regiert im Bezirk einträchtig mit den Grünen. Als 2006 die schwarz-grüne Zählgemeinschaft im Bezirk

geschmiedet wurde, gab es für die Grünen noch ein Problem. Vor dem Hintergrund der Diskussionen im Jahre 2005 über den 8. Mai entschieden sie sich trotzdem für das Bündnis mit gerade dieser CDU. Und sie mussten dafür zudem eine jahrelange Forderung fallen lassen, um für die CDU „regierungsfähig“ zu werden: Die Umbenennung der Steglitzer Treitschkestraße.

Diese wurde in der Zählgemeinschaftvereinbarung für die gesamte Wahlperiode abgeschlossen – und folglich stimmten die Grünen ausgerechnet in dem Moment gegen den Umbenennungsantrag der SPD, als dieser durch den Meinungswandel der FDP mehrheitsfähig geworden war.

Um dieses Umkippen politisch verkaufen zu können, ersann Schwarz-Grün das großmüßige Projekt einer „Neubegründung der bezirklichen Erinnerungskultur“. Es blieb bei einer Ankündigung.

AUSVERKAUF BEENDEN: REKOMMUNALISIEREN

Seit der Wiedervereinigung sind zahlreiche öffentliche Unternehmen privatisiert worden. Mit den einmaligen Einnahmen hieraus wurden vielfach Haushaltslöcher von Bund, Ländern und Gemeinden gestopft. Auch unverzichtbare Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind betroffen. Das Beispiel der Berliner Wasserbetriebe zeigt exemplarisch, welche negativen Folgen Privatisierung für die Bürgerinnen und Bürger haben kann. Die Privatisierung insbesondere schwarz-gelber Koalitionen von Kohl bis Merkel verfolgt aber oft auch einen neoliberalen ideologischen Zweck: Der Staat soll in der Wirtschaft nichts zu suchen haben, schon gar nicht sich selbst betätigen dürfen, sondern wieder als Nachtwächter den Markt machen lassen. Die voranschreitende Privatisierung

In dreieinhalb Jahren wurde wenig von dem umgesetzt, was versprochen war: Statt einer umfassenden kritischen Diskussion über den Antisemitismus und die Rolle Treitschkes eine versteckte Stele mit einem verunglückten Text. Drei weitere „Erinnerungsstelen“, ohne einen erkennbaren inhaltlichen Zusammenhang. Noch immer nichts zum Thema Taku-, Lanz- und Iltisstraße in Dahlem und den deutschen Kolonialismus. Statt eines groß angelegten „Stolperstein-Projekts“ nur eine vom Jobcenter finanzierte Datensammlung, obwohl es schon genügend geeignete „Opfer-Adressen“ für Stolpersteine gibt. Das war’s. Alles war offensichtlich nur Show, eine Fassade für ein reines schwarz-grünes Machtkartell im Bezirk. Bravo!

**Michael Karnetzki,
Vorsitzender der SPD-Fraktion der BVV**

der Post und die Vorbereitung der Bahnprivatisierung zeigen, wie schädlich und im Falle des Bahnverkehrs bei ICE-Zügen oder der Berliner S-Bahn sogar lebensgefährlich dies für die Menschen wirken kann.

Hier wollen wir eine Trendumkehr einleiten. Die Bahn muß in öffentlicher Hand bleiben. Die Post darf nicht weiter privatisiert werden. Unverzichtbare Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Abfallbeseitigung, Wasser und Abwasser, Energieversorgung, Wohnungswesen brauchen die öffentliche Hand. Der öffentliche Sektor in der Daseinsvorsorge darf nicht weiter schrumpfen, sondern muß bewahrt und wieder ausgebaut werden.

Vorhandene Instrumente sind zu nutzen. Beispielsweise muß der scheinweise Verkauf der Post über das Platzhaltermodell bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau beendet werden. Stattdessen müssen die Kreditanstalt und vergleichbare Institutionen, wie die Investitionsbank Berlin, für Platzhaltermodelle in entgegengesetzte Richtung und zum Ausbau des öffentlichen Sektors in der Daseinsvorsorge genutzt werden. Nach Wiedereinführung der von der schwarz-gelben Koalition unter Helmut Kohl weggetricksten Vermögensteuer kann deren Milliardenaufkommen Jahr für Jahr von den Ländern genutzt werden, um in

Stadt und Land vorrangig den öffentlichen Sektor zu stärken. Eine Vielzahl anderer Instrumente kann ebenfalls bereits künftig besser genutzt oder neu eingeführt werden. Von den Konzessionsverträgen bis hin zu einem weiterentwickelten Genossenschaftswesen. Als schädlich erwiesen haben sich von den Banken dem Staat aufgeschwatzte vermeintliche Wunderwaffen, wie public private partnership, cross border leasing oder undurchsichtige Derivatwetten. Sie müssen für Bund, Länder und Gemeinden gesetzlich verboten werden.“

Dr. Hans Willi Weizen

100. WANDERUNG DER AG 60 PLUS

Seit 2002 organisiert Joachim Frädlich nun schon an jedem ersten Donnerstag im Monat eine Wanderung in Berlin oder dem Umland. Bisher hat sich noch nie ein Wanderziel wiederholt. Diese minutiös ausgearbeiteten Spaziergänge, die so angelegt werden, dass auch Menschen mit leichter Gehbehinderung daran teilnehmen können, erfreuen sich nicht nur bei Parteimitgliedern aus ganz Berlin großer Beliebtheit, sondern auch bei vielen Sympathisanten und Sympathisantinnen. Zu jeder Wanderung erstellt Joachim ein liebevoll gestaltetes Wanderblatt, das in einer Auflage von ca. 120 Exemplaren an Interessierte geschickt wird. Zur 100. Wanderung waren auch 24 Genossen und Genossinnen aus Moers/ Niederrhein gekommen. Sie treffen sich alljährlich anlässlich ihres Berlinbesuchs mit der AG 60 plus Steglitz - Zehlendorf.

Es war eine beachtliche logistische Herausforderung für Joachim, diesmal 50 Teilnehmer und Teilnehmerinnen unter einen Hut zu bekommen. Dieses Problem löste er, indem eine zweieinhalbstündige Dampferfahrt ab/ bis Wannsee organisiert wurde. Die Fahrt auf

dem Wasser, vorbei an einer reizvollen Landschaft und den Schlössern in Zehlendorf und Potsdam hätte ein wunderbares Erlebnis werden können, wenn...der Wettergott nicht ausgerechnet diesen Tag mit dunklen Wolken und Regen garniert hätte. Dennoch herrschte an Bord - allerdings unter Deck - eine fröhliche Stimmung. Wer sich bei dem nasskalten und windigen Wetter auf das Oberdeck wagte, der musste sich schon recht warm anziehen.

Nach der Dampferfahrt gab es im Restaurant Wannsee Hof, gleich gegenüber der Schiffsanlegestelle das Mittagessen. Leider entsprach die Organisation durch das Wirtshauspersonal und die Qualität des gebotenen Selbstbedienungsmittagessens am Wandertag nicht unseren Erwartungen und die Stimmung trübte sich genau so ein, wie der Himmel.

Nach dem Essen ließen wir uns aber die Lauen nicht länger vermiesen. Die Gruppe stattete trotz des wieder einsetzenden Regens den Gräbern von Ernst Reuter und Willy Brandt auf dem Waldfriedhof Zehlendorf einen Besuch ab und legte rote Nelken nieder.

Anschließend begaben sich ca. 30 Wanderteilnehmer zu Ingrid Reimann. Der im Garten aufgestellte Pavillon schützte zwar vor Regen, konnte aber die unangenehme Kälte nicht mindern. Also wurde improvisiert. Es wurden von überall her für alle Stühle und Matratzen geholt und trotz der Enge in dem kleinen Haus kam eine fröhliche Stimmung auf, als bei einem Glas Sekt auf die 100. Wanderung angestoßen wurde. Von den Gästen aus Moers erhielt Joachim zwei schöne Bildbände über deren Heimat. Die AG 60 plus ehrte ihren Wanderleiter mit einem Artikel im „Vorwärts“ und einem Bierseidel mit der Gravur: „100. Wanderung, AG 60 plus“, sowie dem dazu passenden Schwarzbier aus einem unserer früheren Wanderziele, Kloster Neuzelle, das Joachim so gerne trinkt. Für seine Frau Edith, die aus gesundheitlichen Gründen leider nicht an der Wanderung teilnehmen konnte, gaben

wir Joachim einen Blumenstrauß mit.

In einer kleinen Ansprache bedankten wir uns bei Joachim nicht nur für die Freude, die er uns mit seinen so interessanten, hervorragend ausgearbeiteten Wanderungen und dem Wanderblatt in jedem Monat bereitet. Wir bedankten uns auch dafür und erinnerten daran, dass Joachim, der am 28.6. 80 Jahre alt wird, seit 42 Jahren unserer Partei die Treue hält und seit über 10 Jahren im Vorstand der AG 60 plus ein stets einsatzbereiter, aktiver Mitstreiter ist, auf den immer Verlass ist. Auch heute noch vertritt er uns außerdem als Beisitzer im Landesvorstand der AG 60 plus und als Landesdelegierter. Mit großem Engagement setzt er sich in der Gewerkschaft und in der Seniorenvertretung unseres Bezirks für die Interessen älterer Menschen ein.

Ingrid Reimann

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE

IM JUNI: 01.06. Ingeborg Schröter 85J.; 02.06. Heinz Wewer 75J.; 04.06. Hannelore Wittig 80J., Brigitte Sommer 70J., Jürgen Gerhardt 70J.; 05.06. Hanspeter Blatt 60J., Renate Kreibich-Fischer 70J.; 11.06. Hans-J. Nantke 60J.; 13.06. Maria-Luise Knittel-Drohse 60J., Klaus Sonnenschein 75J.; 16.06. Uwe Kastner 60J.; 17.06. Eleonore von Köckritz 70J.; 18.06. Silvia Möser 60J.; 19.06. Leonore Adam 85J.; 20.06. Siegfried Seidel 75J.; 21.06. Ekkehardt Dietze 60J., Eveline Höppner 70J.; 22.06. Bernd Henningsen 65J.; 25.06. Klaus Kutzner 70J.; 26.06. Karl Otto Henseling 65J.; 27.06. Klaus-Jürgen Dreier 70J.; 28.06. Joachim Frädrich 80J., Günter Bühler 70J..

IM JULI: 06.07. Hans-Joachim Arndt 90J.; 08.07. Holger Hübner 65J., Günter Korte 70J.; 09.07. Katharina Hirsch 90J.; 16.07. Margit Camara 60J.; 18.07. Shelagh Sonnenberg 70J.; 19.07. Heinz Bonar 85J.; 22.07. Bodo Franke 60J., Helene Harth 70J., Ingelore Lingner 65J.; 24.07. Brigitte Guhl 65J.; 28.07. Ann Schäfer 75J.; 29.07. Ulrike Neumann 65J..

IM AUGUST: 02.08. Lutz Richter 70J.; 04.08. Günther Schulze 60J.; 05.08. Karl-Heinz Wolf 60J., Ilse Roschanski 85J., Kurt Rychlik 90J.; 11.08. Guenter Lenz 85J.; 12.08. Eva Siepert 75J.; 21.08. Dieter Riedel 70J.; 22.08. Jutta Röhling 65J.; 23.08. Juliana Kölsch 60J.; 25.08. Ingrid Schaller 75J., Rainer Wenzelowski 60J.; 28.08. Eberhard Mallon 80J.; 31.08. Irmgard Sigismund 75J..

WELCHE ZUKUNFT HAT DIE S-BAHN?

Seit vielen Monaten herrscht Ausnahmezustand bei der Berliner S-Bahn: Mängel an den Rädern und Bremsen der Wagen veranlassten das Eisenbahnbundesamt, knapp zwei Drittel der Züge aus dem Verkehr zu ziehen. Nur mit einem Notfahrplan gelang es dem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, den Schienenverkehr überhaupt noch aufrecht zu erhalten. Allmählich normalisiert sich der S-Bahnverkehr wieder, doch erst im kommenden Jahr wird die gesamte Flotte wieder einsatzbereit sein. Der Bahnchef Rüdiger Grube kündigte auf einer kürzlich abgehaltenen Mitgliederversammlung an, die S-Bahn wieder zu einem Vorzeigeunternehmen zu machen.

Auf Senatsseite gibt es indes verschiedene Szenarien, wie man mit dem Unternehmen zukünftig umgehen wird. Im Gespräch ist - neben der Option, die S-Bahn durch das Land Berlin zu übernehmen - die Vergabe eines Teils der Leistung an ein anderes Unternehmen.

Rund 80 Bürgerinnen und Bürger diskutierten am 13.04.2010 mit der Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer im Wannseehof über die Perspektiven für das Unternehmen S-Bahn, die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen Senat und Deutscher Bahn und darüber, wie der Senat zukünftig für Qualität sorgen will.

Die S-Bahn GmbH ist in Berlin ohne Konkurrenz. Daher kündigte der Berliner Senat Anfang des Jahres an, das Verkehrsmonopol der Deutschen Bahn brechen zu wollen. Laut Ingeborg Junge-Reyer ist das jedoch nicht so einfach: Die S-Bahn verfügt über ein besonderes technisches System und einen Fahrzeugbestand von über 600 Viertelzügen. Ein neuer Anbieter, so Junge-Reyer, wäre nicht in der Lage, die Leistungen der S-Bahn in diesem

Umfang zu erbringen, auch nicht nach Ablauf des S-Bahnvertrages in sieben Jahren. Dennoch findet sie es wichtig, dass der Deutschen Bahn angekündigt wurde, dass Konkurrenz möglich ist. Das sei ein wichtiges Druckmittel um zu verhindern, dass eine Monopolsituation noch einmal ausgenutzt wird.

Derzeit laufen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG, die Ingeborg Junge-Reyer auch für das Chaos in Berlin verantwortlich macht: „Bei der Bahn gab es Bestrebungen, die Tochterunternehmen im Zuge des Börsenganges attraktiver, also gewinnträchtiger zu machen.“ Auch Prüfberichte bestätigten, dass es bei der S-Bahn ein systematisches Missmanagement gab und das Unternehmen wichtige und notwendige Wartungsarbeiten verschlampt hat.

Dabei habe es, nach Aussage der Senatorin, immer wieder intensive Gespräche gegeben, in denen man auf Verbesserungen der Leistung der S-Bahn gedrungen habe. Schon damals, als der Vertrag mit der S-Bahn mit einer Laufzeit bis 2017 unterzeichnet wurde, seien Maßnahmen zur Qualitätssicherung getroffen worden. Doch habe da niemand daran gedacht, dass es so ein großes Chaos geben könne.

Der Vertrag wird nun nachverhandelt. So soll genau festgelegt werden, mit wie vielen Wagen eine S-Bahn auf welchen Strecken fährt und mit welchen finanziellen Abzügen das Unternehmen bei Nichteinhaltung dieser Vereinbarungen rechnen muss.

Der Senat hat die Zuschüsse an die S-Bahn seit Sommer letzten Jahres um knapp 50 Millionen Euro gekürzt. Ingeborg Junge-Reyer will das Geld vor allem der BVG für die Sanierung von U-Bahnzügen, den Umbau von Haltestellen und den behindertengerechten Ausbau von

Bahnhöfen zufließen lassen. „Die Unterstützung der BVG ist mir wichtig“, sagt sie, „diese ist ja schließlich auch im Eigentum des Landes Berlin.“

Wohin es mit der S-Bahn gehen wird, konnte uns Ingeborg Junge-Reyer noch nicht sagen. Es laufen derzeit Verhandlungen, bei denen drei mögliche Optionen auf Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden.

Zum einen könnte das Unternehmen S-Bahn an das Land Berlin verkauft werden. Dagegen protestieren sowohl der Bahnchef Rainer Grube als auch der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, weil der Verkauf eines solchen Prestigeunternehmens ein Armutszeugnis und mit einem großen Imageverlust der Bahn verbunden wäre.

Die zweite Option ist die Vergabe eines Teils der Leistung an die BVG ab 2017. Doch auch das ist umstritten, weil fraglich ist, wie viel der BVG zugemutet werden kann.

Eine dritte Variante ist die Vergabe einer Teilstrecke (z.B. S-Bahn-Ring oder die Nord-Süd-Strecke) an ein anderes Unternehmen im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung.

Noch sei unklar, wie man sich am Ende entscheiden wird. „Mein Ziel ist, dass die Entscheidung bis September 2010 steht“, verkündete Ingeborg Junge-Reyer.

Das Publikum der sehr gut besuchten Veranstaltung hatte zahlreiche Fragen an die Senatorin und es ergab sich eine hitzige Debatte.

Warum der Vertrag mit der S-Bahn nicht sofort gekündigt wurde, schließlich habe das Unternehmen den Vertrag gebrochen, lautete eine Frage.

Ingeborg Junge-Reyer erklärte, dass das pure Symbolpolitik gewesen wäre: „Man kündigt auch nicht die eigene Wohnung, wenn man noch keine neue hat.“ Es gebe derzeit keine Alternative zur S-Bahn GmbH. Die Behauptung, die Deutsche Bahn hätte Zusatzzüge bereitstellen können, wies sie als falsch zurück: „Wenn das so wäre, hätte sie es getan. Da bin ich mir sicher.“

Es wurde die Forderung laut, dass der Berliner Senat in den operativen Gremien sitzen müsse, um dort Einfluss auf die Qualität der S-Bahn nehmen zu können.

Die Senatorin erklärte jedoch, dass das Land Berlin nur Mitsprachemöglichkeiten bei der Vertragskontrolle und -gestaltung habe. Sie hält aber auch eine politische Zielsetzung für ein Unternehmen wie die S-Bahn für sehr wichtig und kündigte an, demnächst Gespräche mit Verkehrspolitikern des Bundestages zu führen, denn diese seien diejenigen, die die Kontrolle wahrnehmen könnten.

Im Publikum fanden sich auch ein paar Liebhaber der Stuttgarter S-Bahnzüge, die für eine Weile auf kurzen Strecken in Berlin eingesetzt wurden. Diese seien nicht so anfällig und würden außerdem mehr Fahrkomfort bieten. „Warum nutzen wir diese in Berlin nicht?“, wollte ein Zuschauer wissen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Klaus-Uwe Benneter hatte sofort schmunzelnd die Antwort parat: „Die Berliner lieben ihre ruckelnde S-Bahn und wollen gar nicht darauf verzichten!“

Bleibt nur die Frage, wann die Berliner wieder in vollem Umfang auf ihre ruckelnde S-Bahn zählen können!

**Dr. Holger Thärichen, MdA/
Nicole Siewert**

**SPD-Kreisbüro
Steglitz-Zehlendorf**

Leitung: Mirjam Golm
Thaliaweg 15, 12249 Berlin.
Öffnungszeiten: Mo. + Do. 10:00 – 14:00 Uhr,
Fr. 14:00 – 18:00 Uhr.
Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856
E-Mail: steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de
Web: www.spd-suedwest.de

**Petra Merkel MdB
Wahlkreisbüro Goethe80**

Goethestraße 80, 10623 Berlin
Öffnungszeiten: Mo. + Do. 12:00 - 16:00 Uhr,
Di. und Mi. 10:00–14:00 Uhr.
Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168
Bundestagsbüro, 11011 Berlin
E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de
Web: www.petra-merkel.de

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für die Nummer 47
(Sep. - Okt. 2010) ist am 11.08.2010.
Genossinnen und Genossen, die einen
Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis
zum Redaktionsschluss in digitaler Form
einreichen: per E-Mail an
sww@suedwest.spd-berlin.de.
Textformate: txt (ohne Zeilenumbrüche)
oder doc (MS-Word).

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei
Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf
V. i. S. d. P.: Maximiljan Reth
c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,
Thaliaweg 15, 12249 Berlin
Redaktion: Klaus Spychalski,
Maximiljan Reth
Druck: Robert Podzuweit,
Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet www.spd-suedwest.de/sww.
Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.
